

Danziger Zeitung.

Nr. 18243.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Troppau, 16. April. (Privatelegramm.) Wegen des Ausbruches von Unruhen unter den Kohlenarbeiter ging gestern Abend ein Extrazug mit einem Bataillon Infanterie nach Mährisch-Ostrau ab.

Lemberg, 16. April. (Privatelegramm.) Aus Petersburg wird von gestern gemeldet: In vergangener Nacht ist die Polizeidirection in Dranenbaum in Brand gesteckt worden, wobei acht Polizisten und zwei Kinder tot blieben, 40 Beamte schwere Brandwunden erhielten.

Madrid, 16. April. (Privatelegramm.) General Dabau wird morgen zur Verbüßung seiner Strafe nach Alicante gebracht worden.

Politische Übersicht.

Danzig, 16. April.

Das erste Auftreten des neuen Ministerpräsidenten.

Der Eindruck, den das erste Auftreten des neuen Reichskanzlers Hrn. v. Caprivi im Abgeordnetenhaus gemacht hat, ist schon in unseren heutigen Morgenposten geschildert: er war ein unzweifelhaft erfreulicher, und der von allen Seiten des Hauses am Schlüsse der Rede gejollte Beifall war begreiflich und gerechtfertigt, auch derjenige, der von den Bänken der Freisinnigen kam.

Capravis Erklärungen enthalten zwar, streng genommen, nichts weniger als ein politisches Programm. Der neue Ministerpräsident verwahrt die Regierung sogar ausdrücklich gegen die Unterstellung, als bedeute sein Eintritt in die Geschäfte den Beginn einer neuen Ära. Er erinnerte — vielleicht nicht ganz parlamentarisch — an das bekannte Telegramm, welches der Kaiser nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck nach Weimar gerichtet hat und in welchem es steht: „der Curs bleibt der alte“, und wies zur Bestätigung dieses Wortes auf den unveränderten Bestand des Ministeriums hin. Gleichwohl gab er über die Gründe, welche den Rücktritt des Fürsten Bismarck herbeigeführt haben, keinen oder wenigstens keinen directen Aufschluß. Er bezeichnete es als eine glückliche Tugend der Vorziehung, daß in dem Augenblick, wo Fürst Bismarck zurücktrat, die Person des Kaisers in einer Weise hervorgetreten sei, welche denselben geeignet erscheinen lasse, die Lücke auszufüllen. Abgesehen davon, daß der Kaiser nach der staatsrechtlichen Natur seiner Stellung weder Ränter noch Ministerpräsident sein kann, muß diese Wendung Capravis auffallen, da sie den Eindruck hervorruft, als ob Fürst Bismarck aus freier eigener Entschließung seine Amtsstelle niedergelegt habe, während das Gegenteil besteht. Schon daraus ergiebt sich, daß das neue Regime nur in beschränktem Maße eine Fortsetzung des bisherigen sein kann; wenngleich die letzten Ziele, der weitere Ausbau des Staates und des Reiches in nationalem Sinne, dieselben bleiben.

Herr v. Caprivi erklärte denn auch ausdrücklich, daß die alte Collegialverfassung des preußischen Ministeriums wieder zur Geltung kommen müsse, daß also die Minister nicht mehr die Untergaben, sondern die gleichberechtigten Genossen des Ministerpräsidenten sein werden. Er räumte auch ein, daß manche berechtigte Forderungen, welche vor der großen Persönlichkeit des Fürsten Bismarck hätten zurücktreten müssen (Reform der directen Steuern?), jetzt berücksichtigt werden könnten. Die Regierung werde das Gute annehmen, ohne Rücksicht darauf, woher es kommt, — während es bekanntlich unter dem Regime des Fürsten Bismarck genügte, irgend einer politischen Forderung die freisinnige Eitelkeit aufzuheften, um die Cartellmajorität zur blinden Ablehnung derselben zu zwingen. Die Erklärung Capravis bedingt insofern allerdings die Inaugurierung einer „neuen Ära“, als der neue Reichskanzler und Ministerpräsident das bei seinem Vorgänger mit aller diplomatischen Kunst ausgebauten System der Verhöhnung der Parteien unter einander für abgetan erklärt hat. Die Opposition — das wird die freisinnige Partei im großen und ganzen wohl auch in Zukunft bleiben — wird also nicht mehr als eine staats- und reichsfürstliche in den Bann gehalten werden. Sie wird auf dem gleichen Boden mit allen anderen Parteien, sei es mit, sei es gegen die Regierung, ihre liberalen Überzeugungen vortreten und ihre liberalen praktischen Ziele verfolgen. Aber bei aller Gegenseitigkeit der Auffassung werden die Parteien so wenig wie die Regierung versuchen, daß wir alle gleichberechtigte Bürger eines Staates sind. Auch für die freisinnige Partei gilt das Wort des Kaisers: „Der Curs bleibt der alte.“

Im übrigen warten wir in Ruhe ab, wie das Ministerium die Ankündigungen Capravis in praktisch discutierbare Vorschläge umsetzen wird. Die Rücksicht der offiziösen Presse, die Nichterneuerung des Socialistengesetzes, der in Angriff genommene Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Fürst Bismarck bis zum letzten Moment widerstrebt hat, lassen bereits erkennen, daß die neue Regierung die alten Ziele auf anderen als den bisherigen Wegen zu erreichen versuchen wird. Eine große Zahl weiterer Forderungen: die Beseitigung des Weizenfonds, die Zurücknahme der ausnahmsweise Begünstigung gewisser Interessentenkreise auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens, die Aufhebung des Pachtwanges an der französisch-schlesischen Grenze, die Wiederherstellung freundschaftlicher Verhältnisse zur Schweiz durch die Erneuerung

ung des durch die Bismarck'sche Interpretation in Frage gestellten Friedensvertrages u. s. w., alles das kann die neue Regierung beschließen, ohne den alten Curs wesentlich zu verändern. Zur Verhüllung im In- und Auslande werden aber diese Maßregeln erheblich beitragen.

„Le roi me reverra.“

An dieses Wort des Fürsten Bismarck erinnert eine Aeußerung der „Hamb. Nachr.“: „Vom Fürsten Bismarck, so heißt es in derselben, wird das deutsche Volk mit Recht erwarten, daß, so wenig es an einer Fronde denken mag, er doch in entscheidungsvollen Momenten mit seiner Meinung nicht zurückhalte.“ Wir meinen dagegen, das deutsche Volk erwartet, daß Fürst Bismarck sich der wohlverdienten Ruhe in Ruhesfreut und ihm das peinliche Schauspiel der Opposition des früheren Reichskanzlers gegen seinen Nachfolger und seinen Kaiser erspare. Fürst Bismarck hat in dieser Hinsicht bereits mehr gehabt, als vielen seiner aufrichtigen Verehrer zugänglich erschienen ist.

Zur Zuckersteuerfrage.

Nach der leichten im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Übersicht über die seit dem 1. August v. J. versteuerten Rübenmengen, sowie über die Einnahmen und Ausfuhr von Zucker sind bis Ende März 98 249 739 Doppelcentner Rüben versteuert worden, während dem Etat für das neue Staatsjahr die Annahme zu Grunde gelegt ist, daß die versteuerte Rübenmenge 77 Mill. Doppelcentner betrage. Die Einnahmen aus der Rübensteuer belaufen sich demnach statt auf 61,7 Mill. Mk. auf ungefähr 78,5 Mill. Mk. Auf der anderen Seite freilich hat die Ausfuhr von Zucker mit dem Anspruch auf Steuerbegütigung in dem laufenden Betriebsjahr, d. h. also in 8 Monaten, gegen das Vorjahr ein Mehr von nahezu einer Million Doppelcentner aufzuweisen. Wie sich die Ausfuhr in den von dem Betriebsjahr noch übrigens 4 Monaten gestalten wird, läßt sich natürlich zur Zeit noch nicht berechnen. Wenn aber die Ausfuhr in dieser Zeit auch nur den Durchschnittssatz der bisherigen Ausfuhr erreicht, so würde die aus der Reichskasse zu zahlende Vergütung zum mindesten die gesamte Einnahme aus der Rübensteuer in Anspruch nehmen, so daß bestensfalls der Reichskasse eine Einnahme aus dieser Steuer überhaupt nicht zustehen wird. Ein weiteres Steigen der Ausfuhr würde sogar dahin führen, daß das Reich über den Ertrag der Rübensteuer hinaus aus seinen eigenen Mitteln Vergütungen an die Zuckerexportate erteilt. Offenbar sind es diese Erwägungen, welche der Reichsregierung die Frage einer weiteren Reform der Zuckersteuer nahe legen.

Sammlung der Bestimmungen über den Arbeiterschutz.

Der erhöhten Theilnahme, welche durch die kaiserlichen Erlassen und die internationale Konferenz für die Arbeiterschutzgesetzgebung in weiten Kreisen geweckt worden ist, wird demnächst durch die Herausgabe einer vollständigen Sammlung aller in den europäischen Staaten über diesen Gegenstand bestehenden Bestimmungen Rechnung getragen werden. Diese Sammlung war von einem der deutschen Bevölkerung in Gemeinschaft mit einem gleichfalls auf diesem Gebiete bewanderten höheren Beamten bereits vor dem Zusammentreffen der Konferenz soweit gefördert, daß den Mitgliedern der letzteren eine Uebersicht in sämmtlichen darin vertretenen Staaten geltenden Bestimmungen über Sonntags-, Kinder- und Frauenarbeit mitgetheilt werden konnte. Mit Rücksicht auf die beim Zusammentreffen des Reichstages bevorstehende Vorlegung einer Novelle zur Gewerbeordnung, die voraussichtlich eine erhebliche Abänderung des deutschen Arbeiterschutzes herbeiführen wird, ist dem „Reichsanzeiger“ folge, nunmehr die Herausgabe der Sammlung, die sämmtliche Gesetze in deutscher Uebersetzung und daneben eine vergleichende Zusammenstellung ihres wesentlichen Inhalts bringen wird, bis dahin aufgeschoben worden, daß das neue deutsche Gesetz erlassen sein wird, um für Deutschland nicht das bishergige, sondern das künftig geltende Recht aufnehmen zu können.

Zur Ausführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

Die preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, für Landwirtschaft, des Innern und für Handel und Gewerbe haben eine Bekanntmachung über die Ausführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erlassen, aus welcher wie schon gestern den auf die Errichtung und den Umgang der Versicherungsanstalten bezüglichen Passus mitgetheilt haben. In dieser Bekanntmachung wird außerdem auch eine Erklärung des Begriffs der an verschiedenen Gelehrtenstellen erwähnten weiteren Communalverbände sowie höheren Verwaltungsbördern gegeben. Was zunächst die „weiteren Communalverbände“ betrifft, so ist danach vorgeschrieben, daß als solche die Provinzial- und Kreisverbände anzusehen sind, soweit dieselben bei den Versicherungsanstalten, deren Errichtung und Abänderung, Bestimmung über die Vermögensanlage, eventuell Deckung der Verbindlichkeiten etc. in Betracht kommen. Durch statutarische Bestimmung des weiteren Communal-Verbandes kann nach dem Gesetze auch eine von den allgemeinen Vorschriften abweichende Anordnung der Einziehung der Beiträge getroffen werden. Auch stellen Provinzial- und Kreisverbände diese weiteren Communalverbände dar. Das Gleiche ist schließlich der Fall, so weit den Com-

munalverbänden die Bestimmung über die Auszahlung von zwei Dritteln der Rente in Form von Naturalleistungen an die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit übertragen ist. Anders verhält es sich mit dem weiteren Communal-Verbande, so weit er an der Wahl der Ausschüsse der Versicherungsanstalten beteiligt ist. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten, aus welchen diese Ausschüsse bestehen, sollen nämlich im allgemeinen von den Vorständen der Bezirke der Versicherungsanstalt vorhandenen Orts-, Betriebs- etc. Krankenkassen, Anspaktschaftskassen, Germania-Kassen u. s. w. gewählt werden. So weit die Arbeitgeber und die Versicherten solchen Kassen nicht angehören, ist nach Bestimmung der Landesregierung den Vertretungen der weiteren Communalverbände oder den Verwaltungen der Gemeindekrankensicherung eine der Zahl dieser Personen entsprechende Beteiligung an der Wahl eingeräumt. Hier sind nach der Bekanntmachung lediglich die Kreisverbände, vertreten durch die Kreis-(Stadt)-Ausschüsse, als weitere Communalverbände anzusehen.

Was die „höheren Verwaltungsbehörden“ angeht, so sollen dieselben nach dem Gesetz u. a. den Werth der Naturalleistungen festsetzen, welche den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern gewährt werden, sie sollen den für die Berechnung der Rente zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienst dieser Arbeiter festsetzen und das event. zu erlassende Statut eines weiteren Communalverbandes über eine von der allgemeinen im Gesetz vorgeschriebenen abweichende Einziehung der Beiträge genehmigen. In allen diesen Fällen sollen als höhere Verwaltungsbehörden die Regierungspräsidenten, für Berlin der Oberpräsident angesehen werden, und soweit es sich um die Genehmigung statutarischer Bestimmungen der Provinzialverbände handelt, die Oberpräsidenten. Eine Bestimmung darüber, welche Behörde als „obere Verwaltungsbehörde“ in dem Falle anzuwenden ist, wo es sich um die Appellationsinstanz in Streitigkeiten zwischen den Organen der Versicherungsanstalten einerseits und den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern andererseits oder zwischen den letzteren handelt, ist vorbehalten worden.

Die socialdemokratische Fraktion und der 1. Mai.

Der Beschuß, den die socialdemokratische Reichstagsfraktion in der am Sonntag zu Halle abgehaltenen Konferenz in Betreff der Massenkundgebung am 1. Mai gefaßt hat, liegt jetzt in der Form eines Aufrufs an die Arbeiter und Arbeiterrinnen Deutschlands vor und läßt ein klareres Urtheil über den Stand der Dinge im socialdemokratischen Lager zu, als dies gestern möglich war. Es wird in dem Aufruf nicht zur Arbeitseinstellung an dem genannten Tage, sondern nur zu Kundgebungen für den Arbeitstag und den Arbeiterschutz aufgefordert; die Arbeitssuhe wird eher widerrathen, als anempfohlen.

Im Eingange wird darauf hingewiesen, daß schon der Pariser Socialistencongress im Juli vorigen Jahres nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden soll. Die Art und Weise der Ausführung sei dem Ermeessen der Arbeiter der verschiedenen Länder überlassen worden. Insbesondere sei nicht davon die Rede gewesen, daß am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen solle. Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf entchiedenen Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag, einen allgemeinen Strike zu organisieren, welcher Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Congress zurückgewiesen worden. Der Plan einer allgemeinen Arbeitssuhe am 1. Mai wird dann als unausführbar und unmöglichst role folgt zurückgewiesen:

Ein allgemeines Ruhen der Arbeit läßt sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich erwidern; im wesentlichen dieselben Gründe, die den Congress veranlaßt, den allgemeinen Strike zu verwerfen, stellen sich auch dem Plan einer solchen allgemeinen Arbeitssufe, der einmal sich selbst gehöre voll. Nach dem Beschuß der Fraktion ist der offizielle Festlängen jetzt die Hauptstädte und die Residenzen, welche die Arbeitervereine zu Gunsten der Arbeiterschutzgesetzgebung und des 8stündigen Arbeitstages ins Werk setzen werden. Auch der große Petitionssturm, den die Fraktion ins Werk zu setzen beabsichtigt, wird nicht gerade ein imposantes Resultat haben, und deshalb haben die Herren sich offenbar entschlossen, zur Sammlung von Unterschriften für diese Petition vom 1. Mai sich noch 4 Monate Zeit zu lassen, so daß alsdann diese Petitionen im Reichstage post festum ankommen werden, da der selbe sich mit der Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung bereits in der Frühjahrsession zu beschaffen haben wird.

Das erfreulichste an der Erklärung der Fraktion ist die lebhafte Fürsorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Vermeidung von Ausschreitungen bei der Feier des 1. Mai. Da man von vernünftigen Ermahnmungen, wie es scheint, sich keine besondere Wirkung verspricht, so versteht sich die Fraktion zu der seltsamen Behauptung, daß die Bourgeoisie, d. h. die Feinde der Arbeitersache, den Wunsch hätte, daß die Kundgebungen des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen. Zulastend ist das vielleicht nur beigleich der immer enger werdenden Kreise, welche von socialdemokratischen Ausschreitungen den Anstoß zur Erneuerung des Socialistengesetzes erwarten. Aber selbst wenn es wirklich anlässlich der Feier zu Konflikten zwischen der Arbeiterschöpferung und der Polizei kommen sollte, so würde dieses Ziel um so weniger erreicht werden, als diese Ausschreitungen ja gerade unter der Herrschaft des Socialistengesetzes erfolgen würden. Diejenigen Kreise, die nach dem Schutz der Arbeitgeber, nicht der Arbeiter verlangen, seien zweifellos ihre Hoffnungen auf die Zeit nach Ablauf des Socialisten-Gesetzes.

Die öffentliche Auseinandersetzung in Sachen Stanleys wider Emin fängt allmählich an, sich in einer Weise zu verschärfen, die den Wunsch nahe legt, daß der Herzogenschaft weiteren Streitmaterial zur Fortsetzung dieses wenig erbaulichen Kampfes Einhalt gehalte werde. Die Enthüllungen des Herrn v. Saint Paul-Illaire über die Anerbietungen Stanleys an Emin, welche Herr Paul Reichard in Berlin in einer Versammlung vor einigen Tagen vortrug, müßten dem Gegenseit ein neues Nahrungszuführen. Es wird der „Boss. Jtg.“ darüber aus London gemeldet:

Der in Cannes weilende Berichterstatter der „Times“ meldet unterm 14. d. Ich fragte Stanley, ob er die Angaben Reichards beantworten wolle. Er antwortete mit einem nachdrücklichen „Nein“; sie seien seiner Beachtung nicht wert. Mit Bezug auf die zwei Vorschläge, welche Stanley Emin gemacht haben soll, und die von letzterem Herrn Saint Paul-Illaire mitgetheilt sein sollen, benachrichtigte mich ein Mitglied des Emin-Entlast-Comités, daß sie unrichtig wiedergegeben seien, und ferner, daß, welche Anerbietungen auch Emin von Stanley gemacht wurden, dieselben sich auf die von Emin in seinen Duschristen in England gemachten Vorschläge stützen.

Wie Stanley in einem Schreiben, den 10. April,

dem Secretär der Brüsseler geographischen Gesellschaft anzweigt, denkt er gegen den 21. d. Mts. in Brüssel einzutreffen. Der hier und da aufgetretene Gedanke, Stanley in den englischen Colonialdienst treten zu sehen, wie Emin sich dem deutschen Verpflichtet hat, begegnet nach der „Indépendance“ starken Zweifeln. Man glaubt nicht, daß Stanley, der an die volle Unabhängigkeit gewöhnt ist, jemals dazu bewogen werden könnte, sich der Controle englischer Behörden zu unterwerfen.

In der belgischen Deputirtenkammer

wies gestern bei der Berathung des Staats der Sicherheitspolizei, dessen Posten von 60 000 auf 15 000 Tscs. reducirt werden soll, der Abgeordnete Vora von der Linken auf die Nothwendigkeit der Sicherheitspolizei, namentlich behufs Erfüllung der Verpflichtungen gegen das Ausland, hin. Der Justizminister Lejeune erklärte, daß die Polizei in ihrer gegenwärtigen Organisation genüge, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und die Regierung gegebenenfalls wissen werde, für die öffentliche Sicherheit des Landes einzutreten.

Schiedsgericht über einen französisch-holländischen Streitfall.

Wie aus Paris vom 15. April gemeldet wird, haben die neuerdings zwischen Frankreich und Holland geschaffenen Verhandlungen über die Abgrenzung strittiger Gebiete Guyanas ihren Abschluss dahn gefunden, daß beide Länder einen Schiedsrichter designiren, dessen Entscheidung als endgültig zu betrachten wäre.

Präsidialwahlen in Peru.

Einem Telegramm aus Lima zufolge sind die Wahlen zum Präsidenten, sowie die allgemeinen Wahlen am vergangenen Sonntag in Peru ruhig verlaufen. Nach den bisherigen Resultaten würde Oberst Morales Bermudez, der Kandidat der Militärpartei, unterstützt von der Regierung, wahrscheinlich zum Präsidenten gewählt werden.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 15. April.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort der Reichskanzler Herr v. Caprivi. (Die Rede ist vorläufig in dem Berliner Telegramm unserer heutigen Morgennummer enthalten, weshalb wir dieselbe hier nicht wiederholen dürfen.)

Darauf tritt das Haus in die dritte Berathung des Staats für 1890/91.

Abg. Rickert: Die Worte, welche der hr. Ministerpräsident an uns gerichtet hat, werden wohl in allen Teilen dieses Hauses insofern eine sympathische Aufnahme finden, als der Ton ein herzlicher und persönliche Rücksicht nehmender war. Die Worte, daß die Regierung alles das Wohl des Vaterlandes Fördernde annehmen und prüfen werde, woher es auch komme, haben auch bei uns einen entschiedenen Wiederhall gefunden, um so mehr, als leider eine lange Zeit in unferem Staatswesen diesen Gesichtspunkt nur zu sehr hat in den Hintergrund treten lassen. Wir freuen uns der Gründsäke, die der Herr Ministerpräsident in Bezug auf den zukünftigen Verkehr zwischen diesem Hause und der Staatsregierung verkündigt hat. Wir werden dieselbe Linie einschlagen wie er und hoffen, daß hünftig nicht deshalb mehr jemand als Reichsfeind angesehen wird, weil er Anschauungen hat, welche die gegenwärtige Regierung nicht zu den ihren gemacht hat. Auch wir sind mit dem Minister des unverwüstlichen Glaubens, daß das Gebäude des deutschen Vaterlandes fest gesetzt ist für alle Zeiten. Preußen trägt die Fahne voran. Wir sind aber ebenso des unverwüstlichen Glaubens, daß Preußen und Deutschland nur existieren können in einem dauernden inneren Frieden, wenn die verfassungsmäßige Freiheit des Volkes zur Durchführung gelangt: Freiheit und Einheit, das sind für uns unzertrennliche, unerreikbare Begriffe. (Lebhafte Beifall links.) Die Arbeit, die wir bisher gethan haben, mildewoll und unankbar, wir werden sie weiter fortführen und sind der Meinung, daß die verfassungsmäßige verbrieften Rechte in Preußen endlich zur Durchführung gelangen müssen. Mit haben die Hoffnung, daß der Ministerpräsident nach seinen Ausführungen uns auch in dieser Beziehung entgegenkommen wird. Dass die Regierung eine neue Ära inauguriert werde, haben auch wir nicht geglaubt. Die Illusion, die uns ein Theil der Presse unterzieht, als ob jetzt eine durchgreifende Aenderung erfolgen werde, haben wir nicht. Dagegen liegt in den Worten des Ministerpräsidenten, daß es in der Natur des großen Staatsmannes gelegen habe, daß auch berechnete Wünsche der Volksvertretung hätten juridisch gebrängt werden müssen, eine Anerkennung für das, was wir wollten. Wir wollen diese berechtigten Wünsche der Volksvertretung erfüllen sehen. Wir sind damit einverstanden, daß die Bessertminister in ihrer selbstständigen verantwortlichen Stellung mehr in den Vordergrund treten. Aber der Ministerpräsident hätte wenigstens einigermaßen uns über positive Ziele der Regierung Auskunft geben sollen. Wir haben zwar ein Programm auch nicht erwartet; wir haben aber den Wunsch, zum ersten Male, wo der Ministerpräsident erscheint, ihm auch diejenigen Punkte etwas schärfer zu markieren, deren Erfüllung in der Verfassung vertheilt worden ist, auf die wir bisher aber noch vergeblich gewartet haben. Gerade heute ist es ein Jahr, als wir zum Schlusse des Landtags versammelt waren, in einer Situation, wie sie wohl niemals in einem konstitutionellen Staatswesen erlebt worden ist. Wir wurden hierher bestellt, nicht um den Entwurf einer verfehlten Steuerreform zu bekommen, sondern die trockene und nüchterne Erklärung, daß wir nach Hause gehen könnten. Wir haben uns Mühe gegeben, in der vergangenen Saison über den Zusammenhang dieser doch rätselhaften Dinge Auskunft zu erhalten. Das ist uns nicht gelungen. Das Gesetz ist jedenfalls auf allen Seiten des Hauses vorhanden, daß es so nicht weiter gehen könne. Ein Verhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung, wie es der Ministerpräsident gezeichnet hat, wird seine Früchte tragen. Ich sehe heute davon ab, in Bezug auf die Steuerreform erneute Fragen zu stellen, möchte aber in den Vordergrund stellen, daß für uns jede Steuerreform unmöglich ist ohne die constitutionell absolut notwendige Maßregel der Quotierung. (Lachen rechts.) Der zweite Punkt ist die Frage des Wahlrechtes. Unser Wahlrecht ist das elenste Wahlrecht, wie der frühere Reichskanzler es genannt hat. Es sollte verbessert werden, aber nicht in der Richtung, daß durch die Steuerreform die Rechte der Wähler verringert werden. Drittens sollte dem Privilegium der reichsunmittelbaren Steuerfreiheit ein Ende gemacht werden. Ich habe die Hoffnung, daß Hindernisse nicht vorhanden sind in einer Zeit, wo eine Socialpolitik inauguriert wird, welche die Massen ebenfalls macht und ihnen ein besseres Dasein garantiert auf dem Wege der Erfüllung. Unser Steuerpfeifen überhaupt wird erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, namentlich die rapide Entwicklung der indirekten Steuern. Vor zwanzig Jahren liegen die Einnahmen aus den Zöllen pro Kopf 1.80 Mk., sie sind jetzt gesunken auf 7 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. (Hört, hört links.) Eine herzliche rapide Steigerung der Lasten, welche die Kermsten trifft, steht im krassen Gegensatz zur socialpolitischen Stellung der Regierung, und es ist ein erfreuliches Seignier, daß selbst aus den conservativen Reihen Männer ersteren, welche diesen Widerspruch erkennen. (Hört, hört links.) Freiherr v. Bredt hat trotz seiner freiconservativen Stellung in einem Artikel öffentlich auf diesen Gegensatz zwischen agrarpolitischen Schutzzöllen und Socialpolitik hingewiesen (linke rechts), jetzt haben wir also den Patrioten v. Bredt auf unserer Seite. (Gehrt gut! links.) Die Getreidezölle haben 1887 eine Einnahme gebracht von 48 Millionen, 1888 58½ Millionen, 1889 90 und einige Millionen. Diese von den Kermsten genommene Steuer wird den Kreisen zugetragen durch ein System, das völlig schwankende Einnahmen den Kreisen gewährt. Wir werden deshalb endlich die lox Huene aufheben müssen. Man hat uns vorgehalten, daß in anderen Ländern höhere indirekte Steuern vorhanden sind, z. B. in England, welches 26 Mark pro Kopf der Bevölkerung zahlt, während wir 11½ Mark pro Kopf der Bevölkerung zahlen. Aber England hat keinerlei Kornpoli, sondern Kasse-, Thee-, Spiritus- und Tabakzölle. Wir dagegen vertheidern das Getreide um 618 Millionen. Schon allein mit unseren Getreidezöllen bekommen Sie eine Summe, die der englischen Besteuerung vollkommen gleichkommt, die übrigen Schutzzölle garnicht gerechnet. Der Erfüllung harrt die Landgemeindeordnung, welche schon von dem Ministerium Bismarck-Gulenburg in ganz bindender Weise hier im Jahre 1885 feierlich versprochen ist. Das sind jetzt 21 Jahre her. Auf einem der wichtigsten Gebiete, dem der Unterrichtsverwaltung, fehlt ebenso jede durch die Verfassung vor 40 Jahren verhelfene gesetzliche Grundlage. Die Allmacht des Ministers, der Bürokratie wächst, die Gemeinden werden zurückgedrängt, die staatsbürglerischen Rechte der Lehrer beeinträchtigt. Ich wiederhole bei dieser Gelegenheit meine Beschwerde über die Instruction der Magdeburger Regierung. Gest am 15. März, nach den Wahlen, hat die Regierung sich veranlaßt gefunden, dem Befehl des Ministers vom 8. Februar entsprechend die Verfügung zu ändern. In anderen Sachen braucht man kaum 48 Stunden. Auch die Verfügung der Regierung in ihrer jetzigen Gestalt widerspricht der Interpretation des Gesetzes von 1882 durch Fürst Bismarck. Fürst Bismarck wollte keine Bevölkerung, hier aber wird den Lehrern Entziehung vom Anteile angedroht. Ich wünschte in der That, daß das Kultusministerium den Schulbehörden strengere Achtung vor dem Gesetze einschärfe! Und wie sieht es mit den Lehren, die für die Regierung agitieren, wie es viele bei den letzten Wahlen in so seltsamer Weise gehabt haben? Dagegen hat man nichts. Einer Erledigung harrt ferner noch immer die Frage der offiziellen Presse. Wir erkennen an, daß sich in Bezug auf diese in den letzten Wochen manches geändert hat. Es ist eine gewisse Ruhe unter den Kermsten eingetreten, es wird nicht mehr so viel gehetzt wie früher, aber eine vollständig durchgreifende Aenderung ist doch noch nicht zu erkennen. Gegen das literarische Bureau läßt sich nichts sagen; dessen Thätigkeit ist eine harmlose und nothwendige. Wie steht es aber mit der zweiten Institution, mit den nach Aufhebung der Provinzialcorrespondenz eingerichteten Correspondenz-Versendungen? Dass diese Correspondenz-Versendungen bestanden haben, ist erwiesen, in einer Gerichtsverhandlung hat ein Landrat ausdrücklich bekundet, daß ihm derartige Artikel regelmäßig zugeschickt werden, und daß er diejenigen, die im Kreisblatt zum Abdruck kommen sollen, auswählt. Dass von den Landräthen auch der nötige Nachdruck in Bezug auf die Erfüllung der Aufnahme nicht fehlt, wissen wir ebenfalls. Nun hat allerdings der Herr Minister des Innern mir am 25. Februar geantwortet, für die offizielle Presse werke weder aus dem Gewalte des Ministers noch aus einem anderen Fonds des Ministeriums des Innern etwas gezahlt. Ja, aus welchem Fonds denn? Ich frage den Herrn Minister, besteht diese Einrichtung des regelmäßigen Correspondenzversandes an die Landräthe oder die Kreisblätter direkt noch? Woher wird sie bezahlt? Bisher hat ja fast jeder Minister seine besonderen Organe gehabt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ war das Spezialorgan des Herrn Reichskanzlers. Man sagt, sie habe auch zum Cultusministerium Beziehungen gehabt. In den siebziger Jahren war es darin anders, da lehnten die Minister jede Verbindung mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ab. Jetzt ist sie langsam geworden; es scheint also, als ob auch hier eine Aenderung eingetreten sei. Am allerbedenklichsten aber ist die Gesplogenheit, einer bestimmten Correspondenz Nachrichten zur finanziellen Verwertung zu übergeben. Man wußte dann niemals, von wem die betreffenden Nachrichten in der Correspondenz, in den „Berliner Politischen Nachrichten“, stammten. Im Juni 1885 verbande die Direction des Centralverbandes deutscher Industrieller ein Circular an die Industriellen mit der Mithilfe, daß es gelungen sei, für die Vertretung der Interessen des Centralverbandes die „Berliner Politischen Nachrichten“ von Hrn. Schwedtburg und die „Neue Reichszeitung“ zu gewinnen. Die „Kreuzzeitung“ sprach damals die Erwähnung aus, daß nachdem diese Verbindung bloßgelegt sei, diejenigen Minister, deren Unterstützung die Correspondenz sicher zu erwarten habe, nunmehr die nötige Juristische Anerkennung erlangen würden. Das ist leider nicht geschehen. Vielmehr wurde die Correspondenz fortwährend mit Nachrichten versehen, und man mußte schriftlich niemals, welchen Ursprung die Nachrichten hätten. Es scheint nun allerdings auch in dieser Beziehung einiger Wandel eingetreten zu sein. Der Hauptübelstand aber bei dem ganzen offiziellen Pressewesen ist die Zahlung direkter Subventionen an einzelne Blätter aus Staatsfonds. Graf Gulenburg hat im Jahre 1874 ausdrücklich zugestanden, daß einzelne Zeitungen subventioniert werden, an deren Aufkommen die Regierung ein Interesse habe. Diese Blätter — eine große Zahl — erhalten verschiedene Summen. Ein conservativer Blatt in Nordhausen erhält bis vor kurzem 1800 Mk. jährlich, andere weniger, andere mehr. Ich frage den Herrn Minister, ob auch heute noch an einzelne Zeitungen direkte Geldunterstützungen gegeben werden. Dass vor kurzem noch dies geschehen ist, wissen wir. Einem interessanten Einblick in die Verhältnisse würde die vor einiger Zeit veröffentlichte Notiz einer süddeutschen Zeitung genügen, falls sie auf Wahrheit beruht. Nach derselben hat am Ende vorjährigen Jahres sich ein süddeutsches Blatt an das preußische Ministerium mit Gesuch um Subventionierung aus dem Rentenfonds gewandt. In der Antwort wurde das Gesuch zwar nicht direkt abgeschlagen, aber doch die Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Besther des Blattes, die notorisch reiche Leute seien. Subvention nachzufließen, jaual das Blatt eine Subvention von der süddeutschen Landesregierung durch Zuwendung der amtlichen Intestate erhalten und man in Berlin recht gut mitsiegen. Diese Zuwendung mit Rücksicht auf die Gleichheit und nicht auf die geringe Verbreitung des Blattes erfolgt sei. (Hört, hört links.) Falls das wahr ist, wäre das doch in der That eine Verwendung von Staatsfonds in ganz unglaublicher Weise, welche gegen die Volkswirtschaft verstoßt, die das Haus in vollem Vertrauen der früheren Regierung gegeben hat. Durch ein herziges Vorgehen ist die öffentliche Meinung in unerhörter Weise corrumpt worden. Alle Parteien sind einig in der Verurtheilung dieser Gebahren. Meine Parteigenossen und ich haben durchaus kein persönliches Interesse an der Sache, im Gegenthil, unser Parteinteresse kann unter dem hektischen Treiben der offiziellen Presse nur gewinnen. Je mehr jemand von dieser Presse in den Staub gejogen wurde, um soviel stieg er in der Achtung großer Kreise. Aber das Interesse des Staates, das Ansehen der Staatsregierung hat in hohem Maße unter dem Unwesen der offiziellen Presse gelitten, und die Regierung hat nicht das Geringste dadurch gewonnen. Immer weitere Kreise haben sich von diesem Unwesen abgewandt. Es wurde zu einem öffentlichen Klägermarkt, das zur Vergiftung des Parteibezirks beitrug. Die Regierung befindet in den Organen der Parteien, die sie unterstützen, viel überzeugender und viel mehr wirkende Planer, welche bereit sind, ihr die Seite zu treten, und zugleich kann sie dann auf eine entgegengesetzte Beurtheilung der anderen Parteien rechnen. Wir sehen in dem jetzigen Herrn Ministerpräsidenten einen Beispiel dafür. Er sowohl wie sein früherer Vorgänger im Reich, Herr v. Stosch, haben sich von der

offiziellen Presse freigehalten und beide fanden in den Blättern aller Parteien unbedingte Anerkennung, und die Kritik ihnen gegenüber war eine durchaus mahnsame und sachliche. Nur Reptilienschriften sind in persönlicher Weise gegen sie aufgetreten. Der Herr Vicepräsident des Staatsministeriums bezeichnete es vor kurzem als irrig, von einer offiziellen Presse, außer dem „Reichsanzeiger“, zu sprechen. Ja, wenn wir nur den „Reichsanzeiger“ hätten! Wir wären zufrieden. Aber so lagen die Dinge nicht. Und das Schlimmste dabei war, daß das Publikum nie unterschieden konnte, was von der Regierung kam und was von der Börse. Mit diesen Nachrichten ist der ärteste Missbrauch getrieben, die größte Verwirrung angerichtet. Solche Nachrichten haben die Course herauf- und heruntergetrieben. Und welches Unheil haben nicht die Kriegsartikel angerichtet! Die Regierung möge schreiben lassen, was sie will, aber unter klarer deutlicher Form, so daß jeder weiß, die Information kommt von ihr. Hat denn die Regierung ein Interesse daran, das zu verstehen? Jedenfalls war es nie und niemehr die Zweckbestimmung des Waffenfonds, zu solchen Zwecken zu dienen. Das muß anders werden. Vergeßlich hat leider bisher der hannoversche Provincial-Landtag 1875, das Herrenhaus 1876 und dieses Haus wiederholt, zuletzt 1882 unter Führung des Hrn. v. Bemmig gesagt, was wir heute fordern. Wir hoffen, wie schon die Resolution des Abgeordnetenhaus vom Jahre 1882 zum Ausdruck brachte, die Hoffnung, daß diesem Unwesen endlich ein Ende gemacht werde. Die Frage des offiziellen Telegraphenbureaus, des Staatsministerialbeschlusses von 1865 über die Nichtüberweisung der Intestate an die regierungsteilnehmenden Blätter, (der katholische Justizminister hat sie eine ganz entgegengesetzte Verfügung erlassen), die Frage wegen des „Schachers“ mit offiziellen Nachrichten will zumal nach der letzten Erklärung in „Staatsanzeiger“, heute nicht weiter erörtern. Auch hierin dürfen wir eine gültige Erledigung erwarten. Jedenfalls werden diese Fragen nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis sie im Sinn der Rechtlichkeit und im Interesse des Antriebs der Regierung gelöst werden. Auch die staatsrechtlichen Fragen, die sich an den Eintritt des Herrn Ministerpräsidenten knüpfen, insbesondere die, ob die bekannt gewordene Cabinetsordre von 1852 noch in Kraft bleiben soll — ich nehme es nach den heutigen Erklärungen nicht an — mit ich eingehender nicht berühren. Das möge der Zukunft überlassen bleiben. — Wir wünschen in aller Sachlichkeit auch in Zukunft mit der Regierung zu verhandeln. Wir wünschen, daß die Verhinderung der Parteien und Personen ein Ende nehme. Wir sind der Überzeugung, daß es zur Grundlage eines jeden verfassungsmäßigen öffentlichen Lebens gehört, daß man die volle Gleichberechtigung aller politischen Parteien anerkenne, welche auf dem Boden der Verfassung, diejenigen Rechte ausüben, die ihnen die Gesetze des Landes gewähren. Der Staat und seine Einrichtungen gehörten nicht bestimmten Parteien und Personen. Die Verfassung gewährt allen gleiche Rechte. Standesvorrechte bestehen nach Artikel 4 nicht, die öffentlichen Amtsträger sind allen Befähigten ohne Unterschied des Standes und des Glaubensbeweises zugänglich. Diese Gleichberechtigung wollen wir vor allem durchgeführt wissen wollen. Wir waren immer der Meinung, daß jeder in dem Verfassungsstaat politisch selbstständig denken und handeln müsse. Es ist eigentlichlich, daß in dem Staate, das bisher dem Reichskanzler Fürsten Bismarck blind gedient hat, jetzt „nachdem der gewählte eine Kopf aufgehoben hat für alle zu denken“, von den politischen Männern die selbständige politische Initiative verlangt wird. (Heiterkeit.) Es ist gut, daß der Humor auch in diesen Tagen nicht ausgeht. Nach unserer Meinung — und die haben wir auch in der Aera Bismarck verloren — kann ein Volk, das Anspruch auf eine Zukunft macht, überhaupt niemals einem einzigen Manne, und sei er noch so mächtig, das Denken für sich überlassen. Das Volk und seine Vertretung müssen es selbst thun; sie tragen auch die Verantwortung. Wir haben daher in unserer Sichtung keine Aenderung vorsuncken, wir haben uns das selbständige Denken schon früher erlaubt und werden plötzliche Schwankungen gegen unsere Überzeugung nicht mitnehmen. Unser Ziel ist das alte: ein freies, konstitutionelles Staatsleben, in welchem die Minister die Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen tragen und die Kriege zu schließen und zu decken haben; sie allein sind die Vertreter der Staatsgewalt; die die Verantwortung haben und uns gegenüber die Verantwortung tragen und Rechenschaft geben. Wir sind völlig frei von übertriebenen Hoffnungen und Illusionen, aber auch von voreingenommenen Meinungen irgend welcher Art. Wir wünschen mit der Regierung jahrmäßig zu verhandeln in dem Geiste, in welchem der Herr Ministerpräsident es heute gefragt hat. Wir werden die Regierung lediglich nach ihren Handlungen beurteilen, und wenn dieselben auf dem Wege zu einem freien und starken konstitutionellen Staatswesen liegen, so mit Freuden unterstützen. Unsere Forderungen bleiben die alten. Wir wissen, daß die Völker ein solches freies konstitutionelles Staatswesen nicht als ein Geschenk von oben bekommen, es will erungen, erarbeitet, erkämpft werden mit schweren Mühen. Wir sind entschlossen, diese Arbeit im Dienste der Freiheit und des Vaterlandes auch in Zukunft zu thun, wie bisher. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Bredt (freitron):

In der That, daß das Reichsamt die offizielle Presse freigehalten und beide fanden in den Blättern aller Parteien unbedingte Anerkennung, und die Kritik ihnen gegenüber war eine durchaus mahnsame und sachliche. Nur Reptilienschriften sind in persönlicher Weise gegen sie aufgetreten. Der Herr Vicepräsident des Staatsministeriums bezeichnete es vor kurzem als irrig, von einer offiziellen Presse, außer dem „Reichsanzeiger“, zu sprechen. Ja, wenn wir nur den „Reichsanzeiger“ hätten! Wir wären zufrieden. Aber so lagen die Dinge nicht. Und das Schlimmste dabei war, daß das Publikum nie unterschieden konnte, was von der Regierung kam und was von der Börse. Mit diesen Nachrichten ist der älteste Missbrauch getrieben, die größte Verwirrung angerichtet. Solche Nachrichten haben die Course herauf- und heruntergetrieben. Und welches Unheil haben nicht die Kriegsartikel angerichtet! Die Regierung möge schreiben lassen, was sie will, aber unter klarer deutlicher Form, so daß jeder weiß, die Information kommt von ihr. Hat denn die Regierung ein Interesse daran, das zu verstehen? Jedenfalls war es nie und niemehr die Zweckbestimmung des Waffenfonds, zu solchen Zwecken zu dienen. Das muß anders werden. Vergeßlich hat leider bisher der hannoversche Provincial-Landtag 1875, das Herrenhaus 1876 und dieses Haus wiederholt, zuletzt 1882 unter Führung des Hrn. v. Bemmig gesagt, was wir heute fordern. Wir hoffen, wie schon die Resolution des Abgeordnetenhaus vom Jahre 1882 zum Ausdruck brachte, die Hoffnung, daß diesem Unwesen endlich ein Ende gemacht werde. Die Frage des offiziellen Telegraphenbureaus, des Staatsministerialbeschlusses von 1865 über die Nichtüberweisung der Intestate an die regierungsteilnehmenden Blätter, (der katholische Justizminister hat sie eine ganz entgegengesetzte Verfügung erlassen), die Frage wegen des „Schachers“ mit offiziellen Nachrichten will zumal nach der letzten Erklärung in „Staatsanzeiger“, heute nicht weiter erörtern. Auch hierin dürfen wir eine gültige Erledigung erwarten. Jedenfalls werden diese Fragen nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis sie im Sinn der Rechtlichkeit und im Interesse des Antriebs der Regierung gelöst werden. Auch die staatsrechtlichen Fragen, die sich an den Eintritt des Herrn Ministerpräsidenten knüpfen, insbesondere die, ob die bekannt gewordene Cabinetsordre von 1852 noch in Kraft bleiben soll — ich nehme es nach den heutigen Erklärungen nicht an — mit ich eingehender nicht berühren. Das möge der Zukunft überlassen bleiben. — Wir wünschen in aller Sachlichkeit auch in Zukunft mit der Regierung zu verhandeln. Wir wünschen, daß die Verhinderung der Parteien und Personen ein Ende nehme. Wir sind der Überzeugung, daß es zur Grundlage eines jeden verfassungsmäßigen öffentlichen Lebens gehört, daß man die volle Gleichberechtigung aller politischen Parteien anerkenne, welche auf dem Boden der Verfassung, diejenigen Rechte ausüben, die ihnen die Gesetze des Landes gewähren. Der Staat und seine Einrichtungen gehörten nicht bestimmten Parteien und Personen. Die Verfassung gewährt allen gleiche Rechte. Standesvorrechte bestehen nach Artikel 4 nicht, die öffentlichen Amtsträger sind allen Befähigten ohne Unterschied des Standes und des Glaubensbeweises zugänglich. Diese Gleichberechtigung wollen wir vor allem durchgeführt wissen wollen. Wir waren immer der Meinung, daß jeder in dem Verfassungsstaat politisch selbstständig denken und handeln müsse. Es ist eigentlichlich, daß in dem Staate, das bisher dem Reichskanzler Fürsten Bismarck blind gedient hat, jetzt „nachdem der gewählte eine Kopf aufgehoben hat für alle zu denken“, von den politischen Männern die selbständige politische Initiative verlangt wird. (Heiterkeit.) Es ist gut, daß der Humor auch in diesen Tagen nicht ausgeht. Nach unserer Meinung — und die haben wir auch in der Aera Bismarck verloren — kann ein Volk, das Anspruch auf eine Zukunft macht, überhaupt niemals einem einzigen Manne, und sei er noch so mächtig, das Denken für sich überlassen. Das Volk und seine Vertretung müssen es selbst thun; sie tragen auch die Verantwortung. Wir haben daher in unserer Sichtung keine Aenderung vorsuncken, wir haben uns das selbständige Denken schon früher erlaubt und werden plötzliche Schwankungen gegen unsere Überzeugung nicht mitnehmen. Unser Ziel ist das alte: ein freies, konstitutionelles Staatsleben, in welchem die Minister die Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen tragen und die Kriege zu schließen und zu decken haben; sie allein sind die Vertreter der Staatsgewalt; die die Verantwortung haben und uns gegenüber die Verantwortung tragen und Rechenschaft geben. Wir sind völlig frei von übertriebenen Hoffnungen und Illusionen, aber auch von voreingenommenen Meinungen irgend welcher Art. Wir wünschen mit der Regierung jahrmäßig zu verhandeln in dem Geiste, in welchem der Herr Ministerpräsident es heute gefragt hat. Wir werden die Regierung lediglich nach ihren Handlungen beurteilen, und wenn dieselben auf dem Wege zu einem freien und starken konstitutionellen Staatswesen liegen, so mit Freuden unterstützen. Unsere Forderungen bleiben die alten. Wir wissen, daß die Völker ein solches freies konstitutionelles Staatswesen nicht als ein Geschenk von oben bekommen, es will erungen, erarbeitet, erkämpft werden mit schweren Mühen. Wir sind entschlossen, diese Arbeit im Dienste der Freiheit und des Vaterlandes auch in Zukunft zu thun, wie bisher. (Lebhafte Beifall links.)

Deutschland.

WT. Berlin, 15. April.

Gute Nachricht 2½ Uhr wurde durch die glückliche Geburt eines gesunden Jungen erfreut. Halbe Allee, den 15. April 1890. Frau Kochan u. Frau Anna, geb. Gehrke. (3091)

Gänzlicher Ausverkauf.
Wegen Aufgabe des Geschäfts
gebe ich mein gut sortiertes Lager in Leinenwaren u. Wäsche-Artikeln jeder Art, Flanellen, Tischtücher etc. in nur guter Ware zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab. Die Anfertigung sämtlicher Wäsche wird bis zum Schluß des Geschäfts fortgesetzt.

Julius Dauter,
3. Scharnhausergasse 3.
(3117)

Magen-Flirir.
Dieser magenstärkende Liqueur befördert die Verdauung.
Mit Flasche Mark 1,50.
offenbart (3044)
Julius v. Göthen,
Hundegasse 105.

Jede Nummer enthält eine "Preis-Aufgabe"
über 50 Litzen Wein abwechselnd mit 50 Litzen Wein gratis.
FIDELE GEISTER
45 Pfg.
Pro Quartal frei ins Haus.
Billigstes illustriertes Wochblatt der Welt.
Post-Zeitungsliste N° 2054.
Probenummern gratis.
Haupt-Exped.: Berlin-Moabit.

Promenaden-Schuhe
für Herren,
von den einfachsten bis zu den feinsten Ledervarianten, in breiter und spitzer Fäcon, mit hohen und niederen Absätzen, von 6 M bis 12 M empfehlt
3. Willdorff, Kürschnergasse 9.

**Marquisen-,
Plan- und Zeltleinen**
empfohlen in größter Auswahl zu billigen Preisen.
Zur Anfertigung
complet fertiger Marquisen u. Wetter-Rouleaux
in sachgemäßer Ausführung bei billigster Preisnotierung
halten wir uns gleichfalls angelegenlich empfohlen. (1894)
Ermann u. Perlerwitz,
23, Holzmarkt 23.

**Bereitung für
höhere Lehranstalten.**
In meiner Privatschule werden
Anaben für die Quarta wie für
die Quinta und Sexta jeder
höheren Lehranstalt vorbereitet.
Neue Schüler finden in jeder
Zeit Aufnahme. (3094)
W. Euler,
Seil. Seiffgasse 47.

Unterricht in Kunstdräserien,
Spitzenköppeln, Wäsche-Confession,
som. in Handarbeiten, jeder Art eth. & Schulm., Hand-
arbeitslehre in Fraueng. 23. III.

Geschäftsbücher-Bearbeitungen und
Buchführungs-Unterricht
gedeutet, discret und
billig durch
Gustav Illmann,
Frauenstraße 17. III.

**Bergmanns
Lilienmilchseife,**
vorzüglich gegen Sommersprossen
und Leberflecke, empfohlen
Hans Opitz, Drogerie,
Große Krämergasse 6.

**Frischer
Rheinischer
Stangenpargel**
eingetroffen.
Emil Hempf,
119, Hundegasse 119.

Feinste Taselbutter,
lebt täglich frische Sendung, pro
Kg 1,20 M., empfohlen
Carl Höhn, (3122)
Vorstr. Graben 45, Ecke Meierg.

Loose.
Marienburg-Schloßbau 3,00 M.
Königsb. Pferde-Lott. 3,00 M.
Göttinger Pferde-Lott. 1,00 M.
zu haben in der
Expedition d. Danziger Zeitung.

**Specialität:
Echte Ziegenleder-
Handschuhe**
in allerfeinster ganz neuer
selten schöner Qualität
4knöpfig M 3,50
6kn. Mousquairs M 4,00

**Schön- &
Schnellschrift-**
Konschreiterheit Herrn u. Damen
unter Garantie des Erfolges
E. Bracke,
Rauches 2, II. Stuppa.
51 Langgasse, nahe dem Rathaus.
Begründet 1848. (1816)

Klinik für Hautkrankheiten
Berlin W., Friedrichstrasse 171, II. Etage,
täglich geöffnet v. 8 Uhr Morgs. bis 6 Uhr Abends.
Dirigirende Ärzte: Dr. Palm, Dr. Isaac. (1812)

Mittheilung.
Um lustümlichen resp. bösmillig verbreiteten Nachrichten sofort entgegenzutreten meinem verehrten Kundenkreis hierdurch die Mittheilung, daß meine

**Adler-Droguerie
und Mineralwasser-Fabrik**
sich bis Anfang Juni noch in dem Hause
Gr. Wollwebergasse 2
befindet und zu obengenannten Termin mit der mir
erwähnten Poewen-Apotheke verbunden, jedoch in
demselben großen Umfang weiter geführt werden wird.
Ergebnis (3128)

Robert Laaser,
Apotheker.

Danziger Velociped-Depot
von E. Flemming,
größte und älteste Fahr-
rad-Handlung
en gros.
empfiehlt sein en detail,
großes sortirtes Lager
seiner beliebten

Express-Coventry-Fahrräder
aller Art unter Garantie für Dauerhaftigkeit, leichten und
räuspflosen Gang. Speziell mache ich auf meine Express-Diamond-Frame S. B. S. Rover (Sicherheitswehr) auf-
merksam. 1890 Neuheit, welches in der Stanzen Show in England und den größten Erfolg erzielte. Ebenso empfiehlt als Beste Treter die anerkannt besten und berühmtesten Fabrikate von Rudge, Hill-
mann, Herbert u. Cooper Premier Coventry.
Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen
von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theizahlung, Knaben-Velocipedes, Dreie- und Dreiräder stelle zum

Ausverkauf. (2943)

Rudge-Maschinen hält alle Records über 1-25 engl. Meilen

von Ms. Howell.

Auf Premier-Maschinen wurde der Weltrecord 519 Kilometer

in 24 Stunden von Ms. Holbein gewonnen.

Illustr. Presseiten & gründlichen Unterricht

grat. Auf Wunsch Theiz

Beilage zu Nr. 18243 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 16. April 1890.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Abg. Windhorst: Ich spreche im Sinne aller meiner Freunde, wenn ich dem Reichskanzler für seine Größenungen den Dank ausspreche. (Beifall im Centrum.) Damit will ich nicht ohne Weiteres alle Gedanken, die er vorgetragen, rätselchen. Ich möchte indessen nicht durch irgend welche Detaillörderungen den angenehmen Eindruck der Rede des Ministerpräsidenten ab schwächen; sie können wir demnächst nachholen. Es berührt mich angenehm, daß er alle Anregungen aus dem Hause prüfen will, von welcher Seite sie auch kommen. Das ist der einzige richtige Standpunkt, von dem aus eine monarchische Regierung geführt werden kann. Das war anders unter der Herrschaft des Cartells weit und. (Heiterkeit.) Das Cartell war eine Ausgeburt parlamentarischen Unsinns. (Gehr wahr!) Der Ministerpräsident hat diesem Cartell eine bündige Leidenschaft gehalten. (Heiterkeit.) Die schwersten Schäden unseres Staatslebens liegen in dem Verhalten des Cultusministeriums. Wenn hier nicht Wandel geschaffen wird, kann an eine Beseitigung der sozialen Mißstände nicht gedacht werden. Unser Schulantrag will einen Zustand wieder herbeiführen, wie er vor 1870 zum Gegen Preußens bestanden hat. Die arbeitenden Klassen müssen eine Besserung ihres Lohnes erfahren. Wir haben von der gleichen Erwägung aus eine Besserstellung der Beamten angeregt und erwarten bald die bezügliche Vorlage. Wir betrachten das als eine Compensation für die indirekten Steuern. Dass die Steuerreform immer noch nicht da ist, ist nicht unsere Schuld. Ich meine, daß die Regierung bis zur nächsten Session eine Steuerreform uns vorlegen muß. Die neuen Militärforderungen im Reich werden neue Steuern nothwendig machen. Das aber erkläre ich namens aller meiner Freunde, wir werden weder hier noch im Reich einen Groschen indirekter Steuern bewilligen, so lange die Reform der directen Steuern in Preußen nicht durchgeführt ist, und zwar so, daß das größere Vermögen in richtiger Weise getroffen wird. Ueber den Welfenfonds will ich heute mich nicht näher äußern. Unbedingt nothwendig aber ist die Beseitigung der offiziösen Presse. Allerdings muß die Regierung ihre Vertretung in der Presse haben, und wir müssen das Geld dafür bewilligen, aber nicht in der Weise, wie das offiziöse Preswesen bisher gehandhabt worden ist. Ein Abgehen von der Schutzzollpolitik ist nicht thunlich. Ich wünschte ja, die Verhältnisse gestatteten es, namentlich in Bezug auf Lebensmittelzölle andere Bestimmungen zu treffen, aber wir würden einen großen ökonomischen Fehler begehen, wenn wir das jetzt begonnene System aufgeben wollten. Die Arbeiterklassen werden allmählich einsehen, daß durch die Beseitigung der Zölle auch die Möglichkeit, ihnen höhere Löhne zu zahlen, aufhört. Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind also die gleichen. Ohne Schutzzoll würde die Industrie nicht die heutige Blüthe haben. Gerade im Interesse der Arbeiter kann ich mich nicht entschließen, das Schutzzollsystem aufzuheben. Es muß aufrecht erhalten werden. Nur dann kann die von dem Kaiser inaugurierte Socialpolitik gelingen. Der Kaiser hat Energie genug, das, was er für Recht erkannt hat, durchzuführen. Darin wollen wir ihm alle helfen, ohne Unterschied der Partei und

allein mit Rücksicht auf das Vaterland. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Ich spreche dem Ministerpräsidenten den offenen Dank aus für die treffliche, ehrliche, gerade Form, mit der er uns seine Ziele entwickelt hat. Die versöhnende Hand, die er allen Parteien ausgestreckt hat, wird in diesem Hause wirken, daß das Haus seiner Verantwortlichkeit sich mehr bewußt wird und nicht seinen Schlaf weiter schläft. Die conservative Partei war immer bereit zu einem selbständigen politischen Denken und Handeln. (Abg. Richter: Sie haben es nur nicht immer gethan!) Ich hätte gewünscht, daß Abg. Richter nicht den Worten des Ministerpräsidenten gegenüber gleich betont hätte; das ist Alles, was wir Fortschrittsleute gefordert. (Abg. Richter: Das Gegenteil habe ich gesagt!) Zu erwarten, daß das Programm der Freisinnigen jetzt in Erfüllung geht, heißt doch zu weit gegangen. Wir haben auch eine Anzahl Wünsche. Ich freue mich über die klare Erklärung des Abg. v. Seibitz bezüglich der Getreidezölle. Unter Umständen können ja die Zölle ein Übel sein, aber die feindlichen Zölle haben unserer Landwirtschaft über die Krisen hinweggeholfen. Es fragt sich nur, ob nicht gegenüber den Zöllen für Lebensmittel eine Reform der direkten Steuern nötig ist, und dafür sind wir seit Jahren eingetreten. Dass große Vermögen sich der Besteuerung entziehen, sieht man aus den Erbschaftsregistern. Auch die Fortschrittspartei sollte die Hand bieten, daß das Kapital entsprechend herangezogen wird. Aber alles auf einmal, Personalsteuer, Gewerbesteuer u. a., kann man nicht reformieren, dazu fehlen auch die Mittel. Vorläufig sollten wir uns über die Reform der directen Steuern verständigen. An dem Wahlrecht zu rütteln, hat dieses Haus keine Veranlassung, es ist auch keineswegs das elendeste, wir haben es bekommen, nachdem wir 1848 mit dem allgemeinen Wahlrecht in Preußen Fiasco gemacht haben. Einen verständigen Fortschritt wollen wir auch in der Frage der Landgemeindeordnung. Wenn Sie (nach links) den Bogen hier nicht zu straff spannen, werden wir schon zu einer Einigung kommen. Wir werden zusammen mit den übrigen Parteien daran arbeiten, daß Preußen auch in den Fragen der inneren Politik an der Spitze des deutschen Vaterlandes marschiert. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es kann nur meine Aufgabe sein, noch eine kleine Nachlese zu halten unter Berücksichtigung der Neuverhandlungen auch der Parteidredner. Manche Neuverhandlungen des Hrn. v. Caprivi werden im Lande ungetheilten Beifall finden. Er hat seinem Amtsvorgänger die Ehre ertheilt, die ihm gebührt, aber nicht unterlassen, deutlich daran hinzuwiesen, daß unter der allgemeinen großen Persönlichkeit des Fürsten Bismarck in mancher Richtung das selbständige politische Leben gelitten hat, und daß manche nützliche Initiative in der Gesetzgebung unterdrückt wurde. In dieser Bemerkung liegt eine nachträgliche Anerkennung für die oppositionellen Richtungen, die unter dem Fürsten Bismarck bemüht waren, zu verhindern, daß nur allein nach seinen Anschaulungen und seinem Willen der Curs der Regierung geleitet wurde. Hrn. v. Caprivi hat Werth auf den persönlichen Verkehr mit dem Hause gelegt. Ich kann das mit meinen Vorendern nur freudig begrüßen. Das Abgeordnetenhaus hat noch mehr als der Reichstag unter

der Abwesenheit des Fürsten Bismarck bei den Verhandlungen gelitten. Manche Schärfe kann durch persönliche Discussion ausgeglichen werden. Die gehörende Rücksichtnahme auf die Volksvertretung haben wir im Reichstage beim Herrn v. Caprivi niemals vermisst. Herr v. Caprivi hat mit übergrößer Bescheidenheit von seiner Amtshabigkeit geprochen. Einen Nachfolger in vollem Umfange wird Fürst Bismarck in seinem Amt niemals finden; er wurde getragen durch die Macht seiner historischen Persönlichkeit, aber er hat doch nicht alles leisten können. Die Verunsicherung unserer Gesetzgebung ist darauf zurückzuführen. Es fragt sich, ob die jetzige Organisation ausreicht, um allen Ansprüchen zu genügen. Ich halte die Personalunion zwischen dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten für nothwendig, aber ich meine, der Ministerpräsident kann nicht gut arbeiten, wenn er nicht als Reichskanzler entlastet wird. Das ist zwar hauptsächlich eine Reichsfrage, aber sie ist auch für Preußen von Bedeutung. Dass die Collegialverfassung des preußischen Ministeriums mehr hervortreten soll, ist nothwendig. Aber das ist doch nicht zu verkennen, wenn die Minister selbständiger werden, wird die Stellung des Ministerpräsidenten an sich eine schwierigere, weil seine Aufgabe, die Einheit der Leitung aufrecht zu erhalten, immer mehr er schwert wird. Ich meine deshalb, daß die Frage der Organisation der obersten Reichsämter für Preußen ein Interesse hat. Hrn. v. Caprivi hat darauf hingewiesen, daß der Curs unverändert ist, was ja schon beweise, daß die Minister dieselben geblieben seien. Wir haben durchaus nicht den Anbruch einer Fortschrittsära erwartet, wir kennen Hrn. v. Caprivi und seine Ministerkollegen als conservative Männer, was könnte uns also bewegen, unser Verhalten auch nur um eine Linie zu ändern? Herr v. Caprivi ist unser politischer Gegner, aber er braucht deshalb nicht unser politischer Feind zu sein. Ich bringe Hrn. v. Caprivi das politische Vertrauen entgegen, daß er nur das allgemeine Wohl in seiner Weise will, aber wir verlangen diese Anerkennung auch für uns. Das Wort des Hrn. v. Caprivi: Wir nehmen das Gute, woher es auch kommt, enthält die Anerkennung der Gleichberechtigung aller politischen Parteien. Darin erblicken ich das Anerkenntniß, daß die Regierung nicht dazu da ist, durch staatliche Mittel die politischen Parteien zu bekämpfen; durch Vorbehaltung der Staatsämter, Nichtbestätigung in kommunalen Ämtern, Wahlbeeinflussungen u. s. w. Die Folge dieses Standpunktes ist dann auch die Beseitigung der offiziösen Presse, für deren Aufrechterhaltung nur diejenigen einzutreten pflegen, die selbst an der selben beteiligt sind, vielleicht sogar daran ein finanzielles Interesse haben. Hrn. v. Rauchhaupt meinte, der Ministerpräsident werde das Abgeordnetenhaus aus dem Schlafe aufwecken. Das interessiert aber mehr die Mehrheit des Hauses, als uns. (Heiterkeit.) Die Arbeiterschutzgesetzgebung kann manche Mißstände unterdrücken, aber sie kann nicht die Lage einer ganzen Klasse der Bevölkerung heben; ein schneidender Widerspruch zu dieser Socialpolitik ist die bisherige Wirtschaftspolitik, welche die Lebensmittel vertheuerter, so daß der Arbeiter Frau und Kinder mitarbeiten lassen muß; er brauchte eine Stunde weniger zu arbeiten ohne die künstliche Vertheuerung der Lebensmittel.

(Widerspruch.) Die Socialdemokratie ist groß gezogen worden durch die Politik des Fürsten Bismarck, durch die Misshandlung der Selbsthilfe, durch die Erregung von falschen Hoffnungen auf Staatshilfe. Die falsche Behandlung der Socialdemokratie mit dem Zuckerbrot der Socialpolitik und der Peitsche des Socialistengesetzes hat dieselbe verstärkt. In Bezug auf das Socialistengesetz ist der Curs schon geändert. Davon, wie weit der Curs sonst noch geändert wird, hängt es ab, ob eine größere Unzufriedenheit erweckt oder die inneren Schwierigkeiten beseitigt werden. (Beifall links.)

Abg. v. Below-Salesk (conf.): Die Abgg. Richter und Richter haben wieder behauptet, daß die jetzige Wirtschaftspolitik unvereinbar sei mit der Erfüllung unserer socialpolitischen Aufgaben, und daß die Brotheuerung eine Wirkung der Kornzölle sei. Sie verschweigen dabei, daß nicht billiges Brot allein, sondern vor allem prästationsfähige Arbeitgeber glückliche Arbeiter macht. Sie verschweigen, daß neben dem täglichen Brot auch Kleidungsstücke und Werkzeuge erforderlich sind. Die Fortschrittspartei will uns von der Industrie trennen, das wird ihr aber nicht gelingen. Nicht Stadt und Land, sondern Arbeit und Handel sind im Gegensatz. Sie haben hauptsächlich die Interessen des Handels in Erbpacht genommen. Billig kaufen und theuer verkaufen ist die Lösung. Ob dabei der Arbeiter, der Produzent gedeih, ist Ihnen gleichgültig. Der berechtigte Wunsch der Landwirtschaft geht auf einen möglichst hohen Wollzoll. Ein Schutz der Landwirtschaft kommt auch den Arbeitern zu Gute. Es müssen in Bezug auf die Geschäftsmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter weitere Maßnahmen getroffen werden. Die Rentengüter allein helfen nicht. (Beifall rechts.)

Die Generaldiscussion wird geschlossen und die Specialdiscussion auf Mittwoch vertagt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 15. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 180 bis 186. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 170 bis 180, russ. loco ruhig, 114—124. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüddel (unverpol.) fest, loco 68.00. — Spiritus maut, per April—Mai 21 $\frac{1}{2}$ Br. per Mai—Juni 21 $\frac{1}{2}$ Br., per Juni—Juli 22 $\frac{1}{2}$ Br., per August—September 23 $\frac{1}{2}$ Br. — Raffee ruhig. Umsatz 2500 Tsc. — Petroleum fest. Standard white loco 6.85 Br., 6.60 Gb., per August—Dez. 6.95 Br. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 15. April. Zuckermarkt. Rübenrohrucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Ussance, f. a. B. Hamburg per April 12,12 $\frac{1}{2}$, per Mai 12,25, per August 12,45, per Dez. 12,30. Ruhig.

Hamburg, 15. April. Raffee. Good average Santos per April 87, per Mai 87, per September 89 $\frac{1}{2}$, per Dez. 80. Ruhig.

Havre, 15. April. Raffee Good average Santos per Mai 108,5, per September 107,25, per Dezember 100,50. Ruhig.

Bremen, 15. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Fest. Starbärd white loco 6,50 Br.

Frankfurt a. M., 15. April. Effecten-Socität. (Schluß.) Credit-Aktien 57 $\frac{1}{2}$, Frankfurter 183 $\frac{1}{2}$, Lombarden 109 $\frac{1}{2}$, Aegypten 98,20, 4% ungar. Goldrente 88,10, Solibardbahn 163,20, Visconty-Commandant 220,20, Dresdener 148,20, Laurahütte 139, Marienburg-Miawka 64, Bismuth fest.

Wien, 15. April. (Schluß-Courier.) Döllerr. Papierrente 89,20, do. 5% do. 102,40, do. Silberrente 89,25, 4%

Golbrente 110,75, do. ungar. Golbr. 103,00, 5% Papierrente 99,55, 1880er Löse 139,25, Anglo-Aust. 148,30, Länderbank 219,80, Creditakt. 301,85, Unionbank 240,25, ungar. Creditactien 338,50, Wiener Bankverein 116,75, Böhm. Westb. —, Böhm. Nordbahn — Busch, Eisenbahn 119,00, Dur-Bodenbacher — Elbthalbahn 218,50, Nordbahn 265,50, Franzen 217,50, Salziner 193,75, Lemberg — Gern 232,00, Lombarden 122,25, Nordwestbahn 203,00, Norddubitzer 171,50, Alb. Mont. Act. 99,30, Tabakactien 112,50, Amsterdamer Wechsel 98,75, Deutsche Blätter 58,40, Londoner Rente 119,05, Europa Begleit 47,30, Napoleons 9,44½, Marknoten 58,40, Ju. Banknoten 1,28½, Gilbert upon 100.
Amsterdam, 15. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 206, per Körbbr. — Roggen per Mai 133—134—135—134, per Okt. 126—127.
Antwerpen, 15. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries. Type weiß loco 16½ bei. und Br., per April 16½ Br., per Mai 16½ Br., per Gevibr. - Deibr. 17 Br. Ruhig.
Antwerpen, 15. April. Getreibemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Hater behauptet. Gerste ruhig.
Paris, 15. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, ver April 24,80, per Mai 24,50, per Mai-August 24,40, per Gevibr. Deibr. 23,75. — Roggen ruhig, ver April 16,50, per Septbr. Deibr. 14,75. — Mehl ruhig, ver April 53,75, ver Mai 53,75, per Mai-August 53,80, per Gevibr. Deibr. 53,80. — Rübstöck ruhig, per April 75,00, per Mai 71,00, per Mai-August 71,00, per Gevibr. Dezember 67,50. — Spiritus bebt, ver April 35,50, per Mai 36,25, per Mai-August 36,75, per Gevibr. Deibr. 37,75. Wetter: Bedeckt.
Paris, 15. April. (Schlußcurte) 8% amort. Rente 92,62½ 3% Rente 89,05 4½% Anl. 107,04, 5% italien. Rente 93,50, Österreich. Goldrente 93½, 4% ung. Goldrente 88,31, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1888 94,40, 4% unif. Agricenter 985,62, 4% span. auk. Anleihe 73½, convert. Türken 18,47½, türkische Löse 74,00, 5%

prvo. Wirk. Obligationen 500,00, Französen 480,00,
 Lombarden 280,00, Comb. Prioritäten 319,00, Banque
 d'Annonces 554,00, Banque de Paris 782,00, Banque
 d'escompte 517,50, Crédit foncier 1335,00, do. mobilier
 463,75, Ateridional-Akt. 678,75, Panamakanal-Akt. 55,00,
 do. 6% Döbla. 42,50, Rio Lino-Aktion 4,3 10, Guernsey
 Actionen 2300,00, Wechsel auf deutsche Pläne 1229,00, Lon-
 doner Wechsel kurz 35,15, Cheques a. London 25,18½,
 Compt. d'Escompte neue —, Robinton 75,00.
 London, 15. April. Engl. 2½% Consols 285/16, preuß.
 4% Consols 105, ital. 5% Rente 93, Lombarden 11½,
 4% cont. Russen von 1889 (1. Serie) 81½ conv., Türken
 18½, österr. Silberrente 75¾, österr. Goldrente 92,
 4% ungarische Goldrente 87¾, 4% Spanier 73¼,
 5% privilegierte Aegypter 103 ex., 4% unific. Aegypter 86½,
 3% garantirte Aegypter 100¾, 4½% X ägypt. Tributarien
 97½, 6% contol. Mexikaner 94½, Ottomanbank 12½,
 Guizacien 91½, Canada-Pacific 75¾, De Beers-Aktion
 neue 15%, Rio Lino 16¾, Rubinen-Aktion 7½ % Agio,
 Silber —, Blas-Discont 17%, Wechsel - Roitungen:
 Deutsche Pläne 20,57, Wien 12,05, Paris 25,38, Peters-
 burg 25½, 16.

London, 15. April. An der Rüste 1 Weizenladung
 angeboten. — Wetter: Prachtvoll.

Glasgow, 15. April. Roheisen (Schluss.) Mixed
 numbers warrants 45 sh. 11 d.

Liverpool, 15. April. Getreidemarkt. Weizen, Mehl
 und Mais 1 d. theurer. — Wetter: Regen.

Nework, 14. April. (Gehluß-Course.) Wechsel auf
 London 4,48½ Table Transfers 4,88, Wechsel auf Paris
 5,18½, Wechsel auf Berlin 95½, 4% fundierte Anleihe
 122, Canadian Pacific Act. 72½, Central-Pac. Act. 31½,
 Chic. u. North-Western Act. 110¾, Chic., Milw.-u. St.
 Paul-Act. 68½, Illinois Central-Act. 115, Lake-Shore-
 Michigan-South-Act. 107¾, Louisville- und Nashville-
 Actien 85, Newn. Lake-Erie u. Western-Actionen 245/8,
 Newn. Lake-Erie-u. West. second Mort-Bonds 100½,
 New. Central- und Hudson-River-Actionen 107½ Northern-

Pacific-Preferred-Akt. 73 $\frac{1}{8}$, Norfolk- u. Western-Preferred-Aktionen 59 $\frac{3}{4}$, Philadelphia- und Reading-Aktionen 40 $\frac{1}{2}$, St. Louis- u. G. Franc.-Pref.-Akt. 38 $\frac{1}{2}$, Union-Pacific-Aktionen 63 $\frac{1}{2}$, Wabash, St. Louis-Pacific-Pref.-Akt. 28 $\frac{1}{8}$. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 $\frac{1}{8}$, do. in New-Orleans 11 $\frac{1}{8}$, Raff. Petroleum 70 % Aktie Jaff in Newyork 7,10 Gb., do. in Philadelphia 7,10 Gb., rohes Petroleum in Newyork 7,30, do. Pipe line Certificates per Mai 82 $\frac{3}{4}$ Fest. — Sämals loco 6,80, do. Rohe u. Broders 7,10. — Zucker (Fair refining Muscovado) 4 $\frac{15}{16}$, — Kaffee (Fair Rio-) 20 $\frac{1}{2}$, Rio Nr. 7 low ordinari per Mai 17,27, ver Juli 16,92. Newyork, 15. April. Distibl. Cuppin an Weizen 26 149 000 Bushells do. an Mais 20 528 000 Bushels. Newyork, 15. April. Weizen-Derischifungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der vereinigten Staaten nach Großbritannien 22 000, do. nach Frankreich — do. nach anderen Häfen des Continents 32 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 45 000 Arts, do. nach anderen Häfen des Continents 22 000 Arts. Newyork, 15. April. Wechsel auf London 4,85. Rother Weizen loco 0,94 $\frac{1}{2}$, per April 0,92 $\frac{1}{2}$, per Mai 0,92 $\frac{1}{8}$, per Debr. 0,81 $\frac{1}{4}$, — Mehl loco 2,85, — Mais 0,42, — Tracht 2 — Zucker 0,15 $\frac{1}{4}$.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 15. April. Wasserstand: 1.14 Meter.
Wind: SW. Wetter: Regen.

Wind: G.W. Wetter: Regen.
Stromauf:

Von Danzig nach Włocławek: Schubert, 1 Güterdampf-, Löpitz, - Łaskowski, 1 Rahn, Löpitz, 11418 Argr. Chlorkalk, 602 Argr. Buhsteine, 49100 Argr. Heringe, 5443 Argr. Quercitronertract, 2165 Argr. Pfeffer, 5019 Argr. Gambir, 10115 Argr. Schwefel, 500 Argr. Chilisalpeter, 11036 Argr. Salam.

Von Danzig nach Warschau: J. Krüger, 1 Rahn, Ick, 80 000 Agr., — F. Krüger, 1 Rahn, Ick, 75 000 Agr. Steinkohlen.

Von Danzig nach Ihna:	Niedel, 1 Rahn, — Gurski, Rahn, — John, 1 Glüdel-dampfer, Harder, diverse Glückgäuter.
Von Danzig nach Włocławek:	Alimkowksi, 1 Rahn, Bereugow, 22000 Agr. Cement, 40 674 Agr. Heringe, 5548 Agr. Schleifsteine.
Von Danzig nach Nieszawa:	Feldt, 1 Rahn, leer.
Von Danzig nach Warschau:	Hohensee, 1 Rahn, Haar- witz, 37 197 Agr. Steinkohlenheer, 31 900 Agr. Chamottist. Glockenab.
Madai, 6 Trachten, Rodemann, Assmierz, Brahemünde, 145 Blancons 3811 Gr. Balken, 5380 runde eichene, 1800 kieferne, 7766 eichene Eichenbähnchenwellen, Bierus, 4 Trachten, Rottendorf, Dubienka, Thorn, 1812 Rundkiefern.	
Görgens, 1 Rahn, Aleist, Nieszawa, Graudenz, 50 000 Agr. Feldsteine.	
Brämer, 1 Rahn do., do., do., 65 000 Agr. Feldsteine, Karp, 1 Rahn, do., do., do., 75 000 Agr. Feldst. R. Polaszewski, 1 Rahn, Cimulski, Nieszawa, Thorn, 75 000 Agr. Feldsteine.	
R. Polaszewski, 1 Rahn do., do., do., 100 000 Agr. Feldst. Golisch, 1 Rahn, Aleist, Nieszawa, Graudenz, 100 000 Agr. Feldsteine.	
Pienker, 1 Rahn, Herzberg, Nieszawa, Schönaiach, 60 000 Agr. Feldsteine.	
v. Endroewski, 1 Rahn, Aleist, Nieszawa, Graudenz, 90 000 Agr. Feldsteine.	
Kopeinski, 1 Rahn, do., do., do., 40 000 Agr. Feldst. Oschinski, 1 Rahn, do., do., do., 90 000 Agr. Feldst. Urbanski, 1 Rahn, do., do., do., 60 000 Agr. Feldst. J. Urbanski, 1 Rahn, do., do., do., 80 000 Agr. Feldst.	

Berliner Fondsbörse vom 15. April.

Die heutige Börse eröffnete in mähtz fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Coursen auf speculativem Gediebt. Die von den fremden Börsenläden vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier zeigte die Speculation große Zurückhaltung und Geschäft und Umfänge bewegten sich in engen Grenzen. Im weiteren Verlaufe des Geschäfts traten zwar kleine Schwankungen in den Coursen hervor, doch blieb das Gesamtniveau wenig verändert, gegen Schluss machte sich etwas größere geschäftliche Regsamkeit bemerklich. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische solide Anlagen bei normalen

Umsähen, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand gut behaupten bei ruhigem Handel. Der Brinabdiscon wurde mit 2½ % notirt. Auf internationalem Gebiet schlossen österreichische Creditactien nach einer Abschwächung fester; Französisch und Lombarden fester und mäßig belebt; andere ausländische Bahnen ziemlich behauptet und ruhig. Inländische Eisenbahngactien recht fest. Bankactien ruhig und zumeist behauptet. Industriepapiere sehr ruhig und in den Coursen wenig verändert. Montanwerthe ziemlich fest.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reich-Anleihe	4
do.	3½
Königlichste Anleihe . .	4
do.	2½
Groß-Schuldscheine . .	3½
Düppelk. Prov.-Öblig.	4
Westph. Prov.-Öblig.	4
Landisch. Centr.-Pfandbr.	3½
Düppelk. Pfandbriefe .	3½
Bonnmerische Pfandbr..	3½
do.	do.
Boesnische neue Pfandbr.	4
do.	3½
Westfalenk. Pfandbriefe	3½
do. neue Pfandbr.	3½
Bonn. Rentenbriefe . .	4
Boesnische do. . .	4
Breuhilfe do.	4
	107,20
	101,60
	106,50
	101,70
	100,10
	98,75
	—
	99,00
	99,75
	101,40
	98,60
	99,25
	99,25
	103,30
	103,25
	103,30

Kuff. 3. Orient-Anleihe	5	88,80
do. Stieg. 1. Anleihe	5	72,80
do. do. 6. Anleihe	5	79,20
Kuff. Poln. Schah-Obl.	5	95,75
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	5	61,40
Haltenliche Rente.	5	28,10
Lumunische Anleihe	6	104,00
do. fundierte Anl.	5	101,90
do. amort. do.	5	98,30
do. 4% Rente.	4	85,50
Turk. Anleihe	5	88,90
Serbische Gold - Pfdbr.	5	88,90
do. Rente	5	84,80
do. neue Rente	5	84,70

Cotterie-Anleihen.	m.-Anl. 1867	5	142,00
ämien-Anleihe	4	143,60	
v. Pr.-Anleihe	—	104,80	
äm.-Pfandbr.	3½	113,50	
Witt.-Loote	3½	144,00	
Pr. G. . . .	3½	140,70	
Präm.-Anleihe	3½	135,00	
Loote 1854	4	120,75	
reb.-C. v. 1858	—	328,00	
Loote von 1860	5	121,10	
do. 1867	—	311,75	
ger Loote	—	122,00	
Pr.-Anleihe 1855	3½	185,80	
do 100£. Loote	4	105,00	
m.-Anl. 1864	—	—	
do. von 1865	5	150,00	

T Binsen vom Staate ger.	Dim.	1888
Galizier	82,80	4
Gotthardbahn	—	6
Königr. Rud.-Bahn . . .	87,40	4 1/2
Lüttich-Limburg	30,25	—
Desierr. Frank. St. . . .	92,60	3 1/2
do. Nordwestbahn . . .	—	4 1/2
do. Lit. B.	98,20	5
Reichend. Dardub. . . .	—	3,8
Russ. Staatsbahnen . . .	—	5
Russ. Südwestbahn . . .	73,60	7 1/2
Schweiz. Unionb.	—	4 1/2
do. Westb.	38,80	—
Globsterr. Lombard . . .	52,70	1
Westschweiz. Milan . . .	102,90	—

Bank- und Industrie-Aktien. 1889.		Wilhelmsbüttle		104,00	
		Oberstiel.-Gisenb.-B.		100,60	
		Berg- und Hüttengesellschaften		Dir. 1889.	
Berliner Raiffeis-Verein	184,60	6			
Berliner Handelsgei.	162,75	12			
Berl. Prod. u. Hand.-A.	309,00	—			
Bremer Bank	—	4½			
Brest. Discomitbank	108,00	7			
Danziger Privatbank	—	8½			
Darmstädter Bank	—	10½			
Deutsche Genossenschaft.-B.	129,50	8			
do. Bank	160,00	10			
do. Effecten u. W.	127,00	11			
do. Reichsbank	138,30	7			
do. Hypoth.-Bank	112,00	6½			
Disconto-Command.	219,50	14			
Wechsel-Cours vom 15. April.					
Amsterdam	8 Tg.	2½	168,85		

Eisenbahn-Glasm- und Glasm-Priorit. Is Act

		Die. 1855
chen-Maastricht	75.75	21/2
el.-Dresden	—	—
ain-Ludwigsbahn	118.20	1/2
rien-Altmark-St.-S.	67.10	—
do.	111.40	5
rbhausen-Erfurt	—	—
do.	St.-Dr.	—
preuß. Südbahn	98.60	6
do.	St.-Dr.	—
al-Bahn St.-S.	115.70	5
do.	St.-Dr.	—
urgard-Polen	93.10	—
mar-Gera ean	111.30	5
do.	St.-Dr.	—
urgard-Polen	103.30	4 1/2
mar-Gera ean	23.80	—
do.	St.-Dr.	—
urgard-Polen	87.25	5 1/2

Ausländische Prioritäten

Gottthard-Bahn	5	104.20	Süddeicher Comm.-Bank	—	7	Brüssel	8 1/2.	3	80.85
Italien. 3% gar. C.-Dr.	3	57.25	Dagdebe. Privat-Bank	117.00	5 1/2	do.	2 Mon.	3	80.55
+ Ralsch.-Oberb. gar. f.	5	—	Steininger Hypoth.-B.	102.90	—	Wien	8 1/2.	4	170.80
do. do. Gold-Dr.	5	98.30	Korddeutsche Bank	186.90	12	do.	2 Mon.	4	170.05
+ Kronpr. Rudolf-Bahn	4	82.25	Osterr. Credit-Anstalt	—	10 1/2	Petersburg	3 Mon.	5 1/2	221.60
+ Hesserr.-Fr.-Staatsb.	3	82.40	Bonni. Hyp.-Act.-Bank	10.40	—	do.	3 Mon.	5 1/2	220.20
+ Hesserr. Nordwestbahn	5	92.40	Bonner Provinz.-Bank	113.75	6	Warishau	8 1/2.	5 1/2	221.80
do. Gibthalb	5	80.25	Preuß. Boden-Credit	121.00	6 1/2				
+ Gündessr. B. Lomb.	3	63.90	Dr. Centr.-Boden-Cred.	154.75	10				
do. 5% Oblie.	5	103.00	Schaffhaul. Bankverein	110.00	5				
Ungar. Nordostbahn	5	86.40	Österr. Bankverein	124.90	8				
do. do. Gold-Dr.	5	102.30	Südd. Bod.-Credit-Bk.	152.60	6 1/2				
Brest-Grajewo	5	97.80	Danziger Delmühle	140.25	—				
Charkow-Kiow ril.	5	—	do. Prioritäts-Act.	130.25	—				
Aursh-Charkow	5	80.50	Neufeldt-Metallwaren	117.60	—				
Aursh-Kiem	4	91.40	Action der Colonia	—	66 2/3				
Mosko-Riastan	4	92.75	Leipziger Feuer-Versich.	—	60				
Mosko-Smolensk	4	100.60	Bauverein Dassow	88.70	5 1/2				
Abinsk-Bologore	2	84.00	Deutsche Baugesellschaft	100.00	—				
Nielen-Aoglow	4	91.50	A. B. Omnibusgesell.	201.00	10 1/2				
Marlana-Laressel	5	101.60	Gr. Berlin. Pferdebahn	258.75	12 1/2				
			Berlin. Dampf-Fabrik	110.00	—				